

Die netten Nazis von nebenan

In Sachsen gelingt die kommunale
Verankerung besser als in Hessen.
Warum?

Königstein in Sachsen ist ein idyllisches Städtchen. Im historischen Ortskern drängen sich Kirche, Rathaus und kleine Läden um enge Gässchen; das Ganze ist umgeben von lieblicher Landschaft, den dunklen Wäldern des Nationalparks Sächsische Schweiz und den schroffen Felsen des Elbsandsteingebirges. Auf einem der Tafelberge, gleich hinter dem Städtchen, erhebt sich die Festung Königstein. Jahrhundertlang wurde von dort über das Elbtal geherrscht, majestätisch weit reicht der Blick in die Ferne. Hymnisch besangen Dichter die Schönheit der Region. Bei der letzten Kommunalwahl hat die NPD hier 21,1 Prozent der Stimmen bekommen.

Ehringshausen in Mittelhessen. Neun Dörfer sind zu der Großgemeinde zusammengeschlossen. Besondere Sehenswürdigkeiten gibt es keine, aber der Ort liegt im malerischen Tal der Dill. Johann Wolfgang von Goethe höchstpersönlich, dessen *Leiden des jungen Werther* im nahen Wetzlar spielt, lobte die Gegend einst wegen der »unaussprechlichen Schönheit der Natur«. In Ehringshausen ist man stolz auf die Industrie- und Bergbautradition, die zurückreicht bis ins Jahr 1600, als Graf Wilhelm Moritz von Solms-Braunfels einen Eisenhammer errichten ließ. Auch heute gibt es einige florierende Unternehmen am Ort, die Arbeitslosenquote liegt unter dem

Landesdurchschnitt. Seit Jahren sitzt die NPD im Gemeinderat, 1997 errang sie mit 22,9 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis. Ein Fernsehsender verlieh Ehringshausen deshalb vor ein paar Jahren den Titel »Deutschlands braune Mitte«. ¹²³

Königstein und Ehringshausen sind Hochburgen der NPD, in beiden Gemeinden ist die Partei fest verankert. Aber in Sachsen breitet sich die NPD aus, ihre Wahlergebnisse sind seit Mitte der neunziger Jahre stetig gestiegen, nach Königstein hat sie auch in den benachbarten Kommunen Mandate gewinnen können. Im Kreistag der sächsischen Schweiz ist sie mittlerweile drittstärkste Partei, im Herbst 2004 gelang ihr sogar der Einzug in den sächsischen Landtag. In Hessen dagegen kommt die NPD nicht recht voran. Zwar ist sie außer in Ehringshausen noch in einigen umliegenden Städten vertreten, in Wölfersheim etwa oder in Leun. Aber bei den letzten Wahlen hat sie deutlich Stimmen eingebüßt. Und niemals seit Ende der sechziger Jahre hatte die NPD in Hessen auch nur den Hauch einer Chance, bei Landtagswahlen in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen.

Es ist also interessant, beide Regionen zu vergleichen und danach zu forschen, worin sie sich ähneln und worin nicht: In Hessen, stellt sich dabei heraus, ist die Gesellschaft weitgehend einig in der Stigmatisierung und Ausgrenzung der NPD. Als sich vor ein paar Jahren in Ehringshausen – nach langer Gleichgültigkeit – Widerstand gegen die Partei regte, schlossen sich große Teile der Bevölkerung an. Ganz anders in Sachsen, wo häufig nicht die Rechtsextremisten die Außen-seiter sind, sondern jene, die sich gegen sie engagieren, wo Polizei, Behörden und Politiker der demokratischen Parteien oft unsicher oder ignorant sind.

Den Strategen der NPD ist klar, wie wichtig für ihre Partei eine direkte Nähe zu Bürgern (und Wählern) ist. »Revolutionärer Weg konkret: Schafft Befreite Zonen!«, hatte ein Aufsatz in der *Vordersten Front*, der Zeitschrift des NHB, gefordert. Damit war gemeint, bestimmte Orte von Ausländern

und Andersdenkenden zu säubern, aber auch: »Befreite Zonen sind ... Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unsere Taten messen können. Sie sind Mikrokosmen der Gemeinschaft, die wir für ALLE anstreben.«¹²⁴ Ausführlich wird in dem Text aufgezählt, was das konkret bedeuten soll. Nationalisten müssten sich, heißt es da, auch an den Linken und an der PDS ein Beispiel nehmen:

»Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder allein stehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten. Man kann gegen den Zuzug eines Supermarkts, die Vertreibung alteingesessener Mieter durch Miethaie, die Schließung des kleinen Eckladens, den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderen Lichtgestalten oder den Bau einer Autobahn durch das Wohnviertel protestieren und agitieren. Man muss so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die ›normalen‹ Bewohner für uns ›die Hand ins Feuer legen‹. Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung nicht nur nichts nutzen, sondern das genaue Gegenteil bewirken: Die Menschen werden noch stärker in unsere Arme getrieben. Für die Menschen vor Ort werden WIR und nicht anonyme politische Strukturen und arrogante Politiker und Bürokraten das Maß aller Dinge sein. WIR sind die Elite dieser Wohngegend, UNS traut man zuerst, WIR sind die Vorbilder.«

Die rechten Vordenker wissen, dass ihre Anhänger, dass Skinheads und Neonazis bisher eher durch Gewalt und Hass aufgefallen sind, deshalb komme es auf strenge Disziplin an. In den Worten der *Vordersten Front*: »Allerdings ist das soeben mühselig erkämpfte Ansehen sehr schnell wieder durch Unwürdige ... zu verspielen. Weshalb wir auf die charakterlichen Eigenschaften unserer Mitkämpfer nicht genug Wert legen können.«

Seit dem Amtsantritt von Udo Voigt 1996 müht sich die NPD verstärkt um kommunale Präsenz. In der Parteizeitung *Deutsche Stimme* erschien ab 1999 unter der Rubrik »Strategiediskussion« eine ganze Reihe von Aufsätzen. »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen – Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden«, lautete eine Überschrift. In den Texten werden lokale Kader zum Beispiel aufgefordert, regelmäßig die Lokalpresse zu lesen und Stadtratssitzungen zu besuchen, um Themen zu identifizieren, an die man anknüpfen könnte. Die NPD müsse sich »in Zukunft viel stärker auf die ›weichen Bürgeranliegen« konzentrieren, Tierschutz etwa oder Familienpolitik. Ein dankbares Thema könne auch die vielerorts umstrittene Gemeindegebietsreform (›Auslöschung lokaler Identitäten«) sein.¹²⁵

Zudem müsse »der Vereinsarbeit mehr als bisher von nationalistischer Seite Rechnung getragen werden«, aber statt neue Vereine zu gründen, solle man lieber bestehende unterwandern. »Das Betätigungsfeld reicht hierbei von der Freiwilligen Feuerwehr über die verschiedensten Sportarten, wobei sich insbesondere die ›Volkssportarten« anbieten, wie Fußball und Boxen; aber auch der Naturschutz, die Jugendarbeit und die lokale Kulturarbeit.« Mit Blick auf Auschwitz-Leugner in seiner Partei schreibt einer der Autoren, es käme gut an, »wenn sich zum Beispiel NPD-Politiker weniger mit Revisionismus als mit der Heimatgeschichte der eigenen Stadt und der eigenen Region auseinandersetzen würden. Denn der engagierte Bürger in Zittau beispielsweise interessiert sich wohl mehr für die Geschichte der eigenen Stadt und der Oberlausitz als für chemische Formeln im Zusammenhang mit irgendwelchen Vernichtungsmethoden.«¹²⁶

Der spätere Leiter des »Arbeitskreises Volk und Staat« beim NPD-Bundesvorstand, Jürgen Schwab, zählte in einem Aufsatz Organisationen auf, in denen sich die Mitarbeit lohne. Man solle sich nicht auf Burschenschaften, Vertriebenenverbände und Reservistenkameradschaften der Bundeswehr be-

schränken, sondern auch versuchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Bauernverbände »mit nationalrevolutionären Inhalten zu infiltrieren«. Selbst »Karnevalsvereine eignen sich für politisch nicht korrekte Büttreden und dergleichen mehr«. ¹²⁷ Das Ziel all dessen ist klar: »Erst wenn auf der kommunalen und Kreisebene die NPD präsent ist, wird ein landesweiter oder gar bundesweiter Wahlerfolg möglich sein.« Mit explizitem Blick auf Sachsen schrieb die *Deutsche Stimme* im Jahr 2000: »Um also die Voraussetzung für den Einzug in den Landtag in dreieinhalb Jahren zu schaffen, müssen weitere Lokalgrößen und weitere regional bekannte Politiker der NPD aufgebaut werden.« ¹²⁸

»Klar, dass man ein Haus nicht mit dem Dach anfängt«

Uwe Leichsenring, 38, ist der Beweis dafür, dass die Strategie aufgehen kann. In die NPD ist er 1990 eingetreten, ab Mitte der neunziger Jahre hat er seine Partei in der Sächsischen Schweiz Schritt für Schritt aufgebaut. Seit Herbst 2004 sitzt er im Landtag, ist dort Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion.

In Königstein kennt man Leichsenring als netten Nachbarn. Er ist ein jovialer Typ, spielt im Tischtennisverein, betreibt die einzige Fahrschule am Ort, was sich als äußerst hilfreich erwiesen hat, um in Kontakt zu Jugendlichen zu kommen. Das erste Mal kandidierte er zur Kommunalwahl 1999. Da bekam er schon die zweithöchste Stimmenzahl überhaupt, nur die Frau des örtlichen Arztes holte für die SPD noch ein paar Stimmen mehr. »Ob Ordnung, Disziplin, Sauberkeit, Pünktlichkeit – ich lebe den Leuten eben meine Ideale glaubhaft vor«, erklärte er damals seinen Wahlerfolg. ¹²⁹

Um seine Bekanntheit noch zu steigern, kandidiert Leichsenring, wann immer möglich, zum Bundestag, zum Landtag, als Bürgermeister. Bei der Kommunalwahl 2004

konnte er sich schon leisten, Plakate zu kleben, auf denen nur sein Porträt zu sehen war und der Schriftzug »Uwe«. Er holte 21,1 Prozent. Und er denkt weit über Königstein hinaus.

Was ist Ihr Ziel, Herr Leichsenring?

»Die Macht.«

Die absolute Mehrheit also?

»Möglichst zwei Drittel«, sagt er und grinst.

Natürlich wolle er eine »andere Gesellschaftsordnung«, erklärt er bei jeder Gelegenheit. »Das System hat keine Fehler«, schrieb er vor ein paar Jahren in seiner Zeitung *Klartext*, die er an alle Haushalte in Königstein verteilen lässt, »das System ist der Fehler.«¹³⁰

Leichsenring arbeitet hart. Er sitzt im Gemeinderat, im Kreistag, im Landtag. Er ist Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes, war stellvertretender Landesvorsitzender, saß im Bundesvorstand der Partei. Das beweist seinen Fleiß – aber auch, wie wenig fähiges Personal die NPD selbst in ihrem Schwerpunktland Sachsen hat. Das Kommunalwahlergebnis in Königstein hätte 2004 sogar für drei Mandate gereicht, aber die NPD hatte nur zwei Kandidaten auf der Liste, Leichsenring und seine Lebensgefährtin, die zugleich sein Büro managt.

»Uns ist klar, dass man ein Haus nicht mit dem Dach anfängt«, sagt Leichsenring. Die Revolution kann warten. Er kümmert sich in der Kommune um die kleinen Sorgen der Bürger, um Abwasserprobleme, den Erhalt von Schulen, den Straßenbau. Im Stadtrat fragt er zum Beispiel nach, wann denn endlich die kaputte Tür im Jugendclub Pfaffendorf repariert werde. Einer seiner Fahrschüler hatte ihm von dem Misstand erzählt.

Nach dem ersten Wahlerfolg der NPD 1999 hatte der Bürgermeister von Königstein gesagt: »Wenn sich Leichsenring für den Fortgang unserer Stadt bemüht, werde ich mit ihm zusammenarbeiten wie mit jedem anderen Stadtrat auch.«¹³¹ Heute sitzt ein Nachfolger im Rathaus, Frieder

Haase. Er geht härter mit der NPD um. Aber es sei ziemlich schwer, die Partei ausgerechnet in der Kommunalpolitik zu entlarven. Typische Tagesordnungspunkte einer Stadtratsitzung sind der »Vollzug der Vereinbarung Nr. 04/2/V/03 über den Abriss von Gebäuden im Rahmen des Ausbaus der Staatsstraße S 171« oder die »1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Königstein über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsvorsteher«.

Haase versucht durchaus, Leichsenrings Propaganda zu demontieren. Vor einiger Zeit hat er sich an seinen Computer gesetzt und anderthalb Seiten geschrieben, auf denen er die NPD-Vorschläge zerpflückt: Die wolle beispielsweise, dass Hauseigentümer für die Einrichtung ihres Abwasseranschlusses nicht mehr zur Kasse gebeten werden. »Als Deckungsvorschlag wird das Streichen der Stelle des Ausländerbeauftragten genannt, solch eine Stelle gibt es nicht in unserem Bereich«, schrieb Haase da. In Königstein hat er sein Papier noch nicht verteilt.

Der Bürgermeister sagt, Leichsenring »stichelt immer« nur, »wenn irgendwas nicht klappt, aber Ideen für die wirklichen Probleme hat er keine«. In einem Fernsehmagazin brüstete sich Leichsenring mal damit, dass er für breitere Fußwege kämpfe, die Sicherheit von Schulwegen und Gurte in Schulbussen. Da schrieb Haase einen wütenden Brief an den Sender und widerlegte Leichsenrings Bilanz mit Auszügen aus dem Stadtratsprotokoll. Doch so genau schauen die Wähler in der Regel nicht hin. Ihnen reicht der Eindruck, »der Uwe« setze sich ein für sie, der nehme kein Blatt vor den Mund, der spreche auch die unbequemen Dinge an.

Frieder Haase sagt, vor allem wegen der wirtschaftlichen Lage machten die Wähler ihr Kreuz bei der NPD. Dabei geht es Königstein gar nicht so schlecht. Hunderttausende Touristen besuchen jedes Jahr die Festung. Die örtliche Papierfabrik und eine Uranerzgrube bieten noch Hunderte Arbeitsplätze. Außerhalb des Ortes liegt abgeschottet ein Asylbe-

werberlager, Haase erwähnt das nur beiläufig. »Die kommen gar nicht nach Königstein runter.« Als vor ein paar Jahren die baurechtliche Genehmigung für das Heim zur Verlängerung anstand, hat Leichsenring das zu einem großen Thema gemacht. Direkt nach der Landtagswahl wurden zwei vietnamesischen Ladenbesitzern die Fensterscheiben eingeworfen, ein paar Königsteiner Bürger sammelten danach Spenden, was »nicht nur Wohlwollen« hervorrief, so Haase. Ein Imbissbetreiber habe sich bei ihm beschwert und gesagt: »Mir hilft auch keiner, wenn meine Scheiben kaputt sind!« So reden wahrscheinlich Leichsenrings Stammwähler.

Der Bürgermeister hat sich extra einen Aktenordner zu Uwe Leichsenring angelegt, sammelt darin die NPD-Flugblätter. Er hat auch die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre genau analysiert, hat in einer Tabelle akribisch aufgelistet, welche absoluten Zahlen sich hinter den prozentualen Gewinnen verbergen. Mindestens 180 Bürger haben demnach 1999 Leichsenring gewählt, zwei Jahre später waren es schon über 280, seitdem stagniere die Anhängerzahl, macht er sich Mut. Für die Landtagswahl im vergangenen Jahr verzeichnet Haase »genau 246 Stimmen, aber ohne Briefwahl«. Er ist sehr gespannt, wie sich der Landtagseinzug der NPD auf das nächste Ergebnis auswirkt.

Politik »für die deutschen Bürger«

Das Gesicht der NPD in Ehringshausen ist das Ehepaar Zutt. Alfred Zutt, 71, stammt aus einer alteingesessenen Familie, arbeitete viele Jahre als Maschinenschlosser im örtlichen Buderus-Werk. Seine Frau Doris, 50, ist Altenpflegerin. Er ist schon seit 1967 in der NPD, sie folgte ihm 1982. Seit Jahren sitzt Doris Zutt im Bundesvorstand der Partei, sie ist dort die einzige Frau.

Erstmals kandidierten die beiden 1989 für den Ehringshäuser Gemeinderat, kamen gleich auf 6,2 Prozent und zwei

Sitze. Bis 1997 konnten sie ihr Ergebnis auf 22,9 Prozent steigern, doch bei der letzten Kommunalwahl 2001 stürzten sie tief, auf 7,1 Prozent – das war mitten in der NPD-Verbotsdebatte.

Bis dahin hatten die anderen Parteien sie als normalen Partner behandelt. Lange Zeit war die NPD im Gemeinderat von Ehringshausen das Zünglein an der Waage: Die SPD hatte 15 Sitze. CDU und Freie Wähler verfügten zusammen nur über 14, aber gemeinsam mit den beiden Stimmen der NPD konnten sie ihre Politik durchsetzen. Und das taten sie. Die NPD wählte den Bürgermeisterkandidaten der Konservativen mit, im Gegenzug bekam Doris Zutt den Vorsitz des Umweltausschusses. Alfred Zutt sagt im Rückblick: »Wir haben die anderen immer gegeneinander ausgespielt.« Über die Jahre, darauf ist das Ehepaar stolz, hätten sie eine Menge von Anträgen durchbekommen, hätten Änderungen an der Friedhofsordnung erwirkt oder höhere Zuschüsse für Seniorenfahrten. Auch sei es ihnen zu verdanken, dass jährlich 50 000 Euro für die Renovierung der städtischen Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Aber große Veränderungen haben sie nie erreicht. Alfred Zutt: »Ich habe es mit meiner Stimme geschafft, die Erhöhung der Müllgebühren um ein Vierteljahr zu verschieben.«

Die Reden der Zutts sind meist populistisch, stets beklagen sie die Belastung der Bürger durch Abgaben und Gebühren. Viele ihrer Anträge sind – offen oder verdeckt – rassistisch. Alfred Zutt sagt, sie machten Politik »zum Wohle der Bürger«. »Für die deutschen Bürger«, stellt seine Frau klar. In den Haushaltsberatungen verlangen sie, Sprachkurse für türkische Frauen nicht mehr zu fördern. Sie beantragen Kindergeld – aber nur für deutsche Babys. Sie fordern für Einheimische ermäßigten Eintritt in der örtlichen Schwimmhalle – »es würde den Rahmen sprengen, wenn das auch für Gäste gälte«, sagt Doris Zutt.

Mit »Gästen« meinen die Zutts im Ort wohnende Zu-

wanderer, egal wie viele Jahrzehnte sie schon in Deutschland leben und Steuern zahlen, egal ob sie noch einen türkischen Pass haben oder längst den deutschen. Damit kamen sie lange Zeit gut an in Ehringshausen. In der Bevölkerung halten sich die Ressentiments gegen die türkischen Gastarbeiter aus den fünfziger Jahren oder die Russlanddeutschen, die in den neunziger Jahren zuzogen. Neidisch wird auf deren Häuser geblickt, das neue Baugebiet am Hang über Ehringshausen heißt im Volksmund verächtlich »Wodkahügel«. Kurz vor der Wahl 1997 kam dann noch ein deutscher Jugendlicher zu Tode, ein im Ort bekannter Handballer. Er war nachts betrunken und mit Freunden am Haus einer türkischen Familie vorbeigezogen, nach Zeugenaussagen pöbelte er laut, stürzte im anschließenden Handgemenge mit dem Kopf auf einen Kanaldeckel, wurde in der Klinik falsch behandelt und starb schließlich Tage später. Doris Zutt sagt über ihr Spitzenergebnis von 22 Prozent: »Wir waren so erfolgreich, weil ein Türke einen Deutschen umgebracht hat.« Alfred Zutt fügt hinzu: »Weil wir eine gute Pressearbeit gemacht haben.« Im Wahlkampf 1997 hatten sie ihre vereinfachte Version des tragischen Falls verbreitet.

Ehringshausen ist nicht die einzige westdeutsche Hochburg der NPD, auch in einigen anderen Gemeinden in Hessen und Baden-Württemberg stellt sie – wie auch die Republikaner – lokale Abgeordnete. Doch das ist nichts mehr im Vergleich zu den frühen siebziger Jahren, als die NPD am Ende ihrer ersten Erfolgswelle noch über 420 kommunale Mandate hielt. Bis 1980 hatte sie diese bis auf zehn verloren, Anfang der neunziger Jahre stieg die Zahl dann wieder auf etwas über 40.

Laut einer Studie der Universität Marburg stammen rechtsextreme Lokalpolitiker in Westdeutschland eher aus den älteren Jahrgängen und »unteren sozialen Schichten und Statusgruppen, vor allem aus den Arbeiter- und Angestelltenberufen«. ¹³² Akademiker und Selbstständige sind selten. Sehr

häufig sind die Abgeordneten untereinander verwandt und verschwägert, immer wieder tauchen auf Kandidatenlisten zur Kommunalwahl dieselben Familiennamen auf. Ehringshausen ist also ein wirklich typischer Fall: Dort besteht der Kern der Partei aus dem älteren Ehepaar Zutt und seiner Familie; die Eltern besetzen die zwei Mandate im Gemeinderat und einen Sitz im Kreistag, der Schwiegersohn ist Vorsitzender des Kreisverbandes.

Auch in ihren inhaltlichen Schwerpunkten entspricht die Ehringshäuser NPD dem üblichen Bild: Sie kümmert sich vor allem um soziale Fragen – und nutzt das zu Polemiken gegen Zuwanderer, Asylbewerber und die EU-Osterweiterung sowie zu Klagen über eine Benachteiligung der alteingesessenen Bevölkerung. Über diesen Kern kommt die NPD selten hinaus. Die Marburger Wissenschaftler resümieren, Rechtsextreme zeigten immer »die typischen ideologischen und gesinnungszentrierten Motive und Interessen, d. h. wenn sie aktiv sind, dominiert eine ideologisch-fixierte Politik auf wenige Programmpunkte mit den Themen ›Asylbewerber/Ausländer‹ und ›innere Sicherheit/Kriminalität‹ sowie ›soziale Fragen‹ mit ihren nationalistischen und ethnischen Umdeutungen«. ¹³³

In einer detailreichen Dissertation hat der Freiburger Politologe Peter Wagner untersucht, warum sich die NPD in drei baden-württembergischen Städten (Tuttlingen, Villingen-Schwenningen und Weinheim) seit den siebziger Jahren hat verankern können. Er fand unter anderem heraus, dass wechselnde Mehrheiten im Gemeinderat und eine Tradition extrem rechten Wahlverhaltens Erfolge der NPD begünstigen. Auch in Ehringshausen hatte die NSDAP schon bei den Reichstagswahlen 1932 mehr als 70 Prozent der Stimmen erobert. ¹³⁴

Wagner erkundet die Besonderheiten der NPD-Zentren im Westen, aber wenn man seine Studie liest, fällt auf, dass diese ziemlich »ostdeutsch« sind. In den drei untersuchten

baden-württembergischen Städten finden sich etliche Abweichungen vom Durchschnitt der alten Bundesländer – Abweichungen, die aber in den Neuen Ländern Normalität sind. In »protestantischen und später weitgehend säkularisierten Gemeinden«¹³⁵, so Wagner beispielsweise, könne sich die NPD leichter verankern (in der ehemaligen DDR sind *nicht*-säkularisierte Gemeinden die Ausnahme). Eine schwache Sozialdemokratie nütze ebenfalls den Rechtsextremisten (in Sachsen ist die SPD seit 1990 nicht auf die Beine gekommen und lag bei der letzten Landtagswahl mit 9,8 Prozent nur noch 0,6 Punkte vor der NPD). Den untersuchten Kommunen ist gemeinsam, dass ihre lokale Identität von einer »Grenzlage in der übergeordneten territorialen Einheit«¹³⁶ geprägt ist (was viele Ostdeutsche heute genauso empfinden). In allen drei Städten hat es Probleme im wirtschaftlichen Strukturwandel gegeben (in den neuen Ländern ist er seit 1989 desaströs verlaufen).

Eine der Hauptthesen Wagners lautet: »Günstig für die NPD sind Situationen mit einer »gewissen Statusunsicherheit«, bei der die Perzeption einer relativen Benachteiligung bereits ausreicht.«¹³⁷ Dies ist eine ziemlich genaue Beschreibung der ostdeutschen Gefühlslage. Und noch etwas ist den westdeutschen NPD-Hochburgen gemeinsam: Gegenaktivitäten blieben in diesen Orten »lange Zeit vor allem Gewerkschaften, Jugendorganisationen oder linken Gruppierungen überlassen; die etablierten Parteien bezogen entweder überhaupt nicht oder erst sehr spät Position«, wodurch in der Öffentlichkeit »teilweise der Eindruck einer vollkommenen Normalität des rechtsextremistischen Engagements« entstand.¹³⁸ In Sachsen hat die allein regierende CDU das Vordringen der NPD lange Zeit ignoriert, Kurt Biedenkopf erklärte noch im Jahr 2000 allen Ernstes, seine Landeskinder hätten »sich als völlig immun erwiesen gegenüber rechtsradikalen Versuchungen«.¹³⁹ Übrigens war auch Sachsen eine frühe Hochburg der NSDAP.

Wahrscheinlich sind also die Umstände gar nicht so verschieden, die der NPD in einigen Gemeinden in Westdeutschland, aber in vielen Regionen des Ostens ihre Erfolge ermöglichen. Ein wichtiger Unterschied geht aus Wagners Studie ebenfalls hervor: »Expansionsversuche ins Umland waren stets erfolglos«, heißt es da über die isolierten Hochburgen in den alten Ländern, weil eine »ausgeprägte rechte Subkultur« fehlte.¹⁴⁰ Dies aber ist in den neuen Ländern vollkommen anders, weshalb die NPD dort auch voranschreitet. Allein in Sachsen verfügt die Partei heute über 42 kommunale Mandate – so viel wie 1991 in allen West-Bundesländern *zusammen*. Überall in Sachsen, wo die NPD 1999 erste Sitze hatte erringen können – in der Sächsischen Schweiz, in Riesa, Meißen und Wurzen –, hat sie bei den folgenden Wahlen 2004 zugelegt. In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD bei zehn Mandaten angelangt, in Sachsen-Anhalt bei vier. In Berlin zogen im September 2006 – vor allem im Ortsteil der Stadt – elf NPD-Kandidaten in die Bezirksverordnetenversammlungen ein. Und zumindest in Sachsen sind weitere Erfolge bei den nächsten Kommunalwahlen so gut wie sicher: Als Landtagspartei kann sie nun – ohne weitere Formalitäten zu erfüllen – überall antreten. Bisher gab es Regionen mit hohen NPD-Stimmanteilen bei Bundes- oder Landtagswahlen, wo es aber die Kreisverbände nicht schafften, die notwendigen Unterstützungsunterschriften für kommunale Kandidaten zu sammeln.

Ein Arzt ist schwerer auszugrenzen als ein nölender Rentner

Reinhardtsdorf-Schöna, ein paar Kilometer elbaufwärts von Königstein. Es ist das letzte Dorf vor der tschechischen Grenze, die Landschaft ist »so romantisch und deutsch, dass es von ganz alleine tümelt«, schrieb einmal der *stern*. Hier holte die NPD im Jahr 2004 mit 25,2 Prozent ihr sächsisches Rekordergebnis. Die Partei in Reinhardtsdorf-Schöna sind Michael

Jacobi, 51, und Mario Viehrig, 41. Auch ihre Stimmenzahl hätte wie in Königstein eigentlich für drei NPD-Sitze gereicht. Beide saßen schon vor der Wahl im Gemeinderat, damals für die Freie Wählergemeinschaft. Beide sind im Dorf wohl bekannt, Viehrig als Neffe des Lehrers und langjähriger Chef des Heimatvereins, Jacobi als Klempnermeister, der Tag und Nacht zur Stelle ist, wenn man ihn ruft, der faire Preise macht und seinen Angestellten erlaubt, nach Feierabend auf eigene Rechnung zu arbeiten, solange sie nur das Material bei ihm kaufen.

Wenn abends in der Dorfkneipe der Gemeinderat tagt, sitzen die beiden am unteren Ende des langen Tisches. Vom Kopfende her führt der CDU-Bürgermeister mit straffer Hand durch die Tagesordnung, verbietet einem PDS-Abgeordneten mehrmals den Mund, als der ihm widerspricht und bohrende Fragen stellt. Jacobi und Viehrig widersprechen selten. Viehrig sagt während der ganzen, gut zweistündigen Sitzung kein einziges Wort. Jacobi wurde erst einmal in dieser Legislaturperiode laut, da ging es um ein Projekt gegen Rechtsextremismus, das in Reinhardtsdorf-Schöna geplant ist. Heute Abend aber geht es um die Vergabe von Bauaufträgen, einen neuen Trinkwasserbrunnen, den Glockenschlag der Uhr am Schönaer Gemeindehaus. Michael Jacobi stellt nur ein paar Verständnisfragen. Als man am Schluss der Tagesordnung angekommen ist, erkundigt er sich noch in unschuldigem Tonfall, was »die vielen grünen Autos hier draußen bedeuten«. Es ist der 20. April 2005, Hitlers Geburtstag, und nachdem es in den Vorjahren mehrfach Feiern von Jugendlichen und Lagerfeuerabende gegeben hatte, ist in diesem Jahr Bereitschaftspolizei zur Patrouille angerückt.

Nach Ende der Sitzung bleiben die meisten Gemeinderäte noch beim Bier sitzen, die beiden NPD-Leute fahren gleich heim. Viehrig setzt sich ein Basecap auf mit großem *Lonsdale*-Schriftzug, die Marke ist wegen des »nsda« im Namen bei Rechtsextremen sehr beliebt. Im vergangenen Jahr

sagte der Bürgermeister als Kommentar zum rechten Wahlerfolg, die PDS bereite ihm mehr Probleme als die NPD. Heute spricht er nur ungern mit Journalisten über Jacobi und Viehrig. Sie »diskutieren sachlich«, sagt er knapp, und sie »unterscheiden sich nicht von anderen Räten«.

In Ehringshausen hat sich der Umgang mit der NPD geändert, nachdem sie 1997 ihren 22-Prozent-Erfolg errang – aber so richtig drehte der Wind erst, als im Jahr 2000 die ganze Öffentlichkeit über Rechtsextremismus und ein NPD-Verbot diskutierte. Nun hielten die anderen Ratsparteien die NPD nicht mehr für normal und schlossen sich gegen sie zusammen. Bei der CDU mag zum Umdenken beigetragen haben, dass sie mittlerweile nur noch viertstärkste Partei und hinter die NPD zurückgefallen war.

Außerdem hatte in der Zwischenzeit mitten im Ort »Zutts Patriotentreff« eröffnet, ein Laden für rechtsextreme Literatur und Musik. Von weit her reisten nun Skinheads nach Ehringshausen, um sich mit Bomberjacken und Springerstiefeln auszurüsten – das sahen die ordentlichen Bürger gar nicht gern. Immer wieder berichteten Journalisten aus »Deutschlands brauner Mitte« – was viele im Ort nicht auf sich sitzen lassen wollten. In einem »Ehringshäuser Bündnis« schlossen sich die demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereine zusammen, auch der einst mit NPD-Stimmen gewählte Bürgermeister war dabei. »Wir haben vielleicht zu lange geschwiegen«, hieß es in einem offenen Brief. Michel Friedman vom Zentralrat der Juden las den Honoratioren auf einer Podiumsdiskussion die Leviten. Ein Rockkonzert gegen rechts fand statt. Als die NPD ihren Parteitag in Ehringshausen abhielt, gab es Friedensgebete, alle Kirchenglocken läuteten Sturm. Hunderte Einwohner beteiligten sich an einer Lichterkette. Bei der folgenden Wahl stürzte die NPD ab. Und der »Patriotentreff« ist inzwischen wieder geschlossen; Alfred Zutt ließ sich das Haus vom Straßenbauamt abkaufen, das an der Stelle einen Kreisverkehr errichten will.

Auch in Reinhardtsdorf-Schöna gibt es Widerstand gegen die NPD, aber dort sind die Aktiven nur ein kleines Häufchen. Als sie im Frühjahr einen Vortragsabend über ihren Heimatort während der Nazi-Zeit organisierten, beriet der Kirchenvorstand der evangelischen Gemeinde erst lange, ob man Räume zur Verfügung stellen solle – und entschied letztlich dagegen. Zwar engagiert sich die Pastorin gegen die NPD, aber ihre Pfarrstelle wird in Kürze gestrichen. Eine organisierte Sozialdemokratie gibt es nicht in Reinhardtsdorf-Schöna. Zwar gibt es im Dorf ein Ausflugshaus der SPD-nahen Naturfreundejugend, Gäste von dort wurden auch schon öfter von rechten Cliques verprügelt. Aber wenn sich das Bündnis gegen rechts dort treffen will, verlangt der Betreiber jedes Mal 25 Euro Miete.

Ein »Aufstand der Anständigen« kam in Reinhardtsdorf-Schöna bislang nicht in Gang, ob aus Angst vor den Rechten, aus Achtlosigkeit oder stiller Sympathie, ist nicht ganz klar. Zwei Jugendliche hatten nach der Kommunalwahl eine Unterschriftensammlung gegen die NPD gestartet. Als sie von Haus zu Haus zogen, wollten viele nur unterschreiben, wenn ihr Name nicht bekannt werde. Und als die beiden zum Bürgermeister gingen, damit er den Text im Amtsblatt veröffentlicht, lehnte der ab. Stattdessen verfasste er selbst einen wachweichen Text gegen Rechtsextremismus, in dem die NPD aber nicht einmal erwähnt wurde.

In Ehringshausen sind die Zutts allgemein bekannt, doch sie stehen am Rand der Gesellschaft. In ihren »Patriotentreff« kam immer nur die rechtsextreme Szene, Normalbürger haben sich nie dahin verirrt. Ganz anders in der Sächsischen Schweiz: Hier heißt der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Dr. Johannes Müller und praktiziert als Arzt in Sebnitz, ist nach Feierabend in der Bergwacht als Lebensretter aktiv. Fast die gesamte Königsteiner Jugend lernt bei Uwe Leichenring das Autofahren, und Klempner Michael Jacobi kommt in fast jedes Haus. Da fällt die Ausgrenzung schwer. Dem Text der

Unterschriftensammlung in Reinhardtsdorf-Schöna ist das deutlich anzumerken: »Auch wenn wir die beiden gewählten Vertreter der NPD als Mitbürger achten, ihre Zuverlässigkeit bzw. ihr bisheriges Engagement für die Gemeinde anerkennen, lehnen wir doch die Partei ab, der sie angehören.«

Alfred und Doris Zutt sind die alte NPD. Auf ihre Internet-Seite stellen sie langatmige Pamphlete und Resolutionen. Wenn die SPD im Stadtrat beantragt, die Geschichte des Dorfes im Dritten Reich zu erforschen, kontern die Zutts mit einem mühsam gereimten Gedicht über »Masochismus in Ehringhausen«. ¹⁴¹ Wenn Alfred Zutt im Kreistag einen Redebeitrag zum Schulentwicklungsplan hält, braucht er keine drei Sätze, bis er die »antideutsche Politik« der Etablierten und »3,2 Milliarden Euro Kindergeld für nichtdeutsche Staatsbürger« geißelt.

In der Sächsischen Schweiz ist der Stil der NPD ein völlig anderer. Die dortige Kreistagsfraktion um Leichsenring und Dr. Müller formuliert lieber einen akkuraten Antrag, in dem der Herr Landrat aufgefordert wird, sich bei den übergeordneten Stellen für den Erhalt der Schulen einzusetzen. »Durch weitere Schulschließungen, insbesondere auf dem Lande, wird die Lebensqualität der dort lebenden Familien weiter eingeschränkt, was aus Sicht der Antragstellerin zu einem weiteren Wegzug, zu längeren Schulwegen der betroffenen Schüler und zu einer Mehrbelastung der Bürger, aber auch der kommunalen Haushalte auf Grund höherer Schulbeförderungskosten führen würde.« Der Landrat hätte sich zwar sowieso für den Erhalt der Schulen in seinem Kreis eingesetzt, aber beim normalen Bürger dürfte der NPD-Vorstoß gut ankommen, besser jedenfalls als die Ehringhäuser Tiraden.

Uwe Leichsenring erscheint zur Kreistagssitzung stets mit Anzug und Krawatte. Doris Zutt kam zum Gemeinderat schon mal mit einem schlabbrigen Kapuzenpulli, auf der Brust in Schwarzrotgold der Aufdruck: »Deutsch sein! Die Freiheit nehm ich mir.«

Um die gesellschaftliche Ausgrenzung ins Leere laufen zu lassen, versucht die NPD in der Sächsischen Schweiz, selbst gemeinschaftliche Wärme zu vermitteln. Der Kreisverband lädt nicht nur zu trockenen Parteiversammlungen und Vortragsabenden. Eine AG Brauchtum organisiert Sonnenwendfeiern, ein Singkreis pflegt den deutschen Volksliedschatz. Für kleine Kinder – viele der Skinheads von vor zehn Jahren haben inzwischen Nachwuchs bekommen – wird eine Weihnachtsfeier oder ein Ostereiersuchen geboten. Auf die Jugend zielt eine NPD-Klettergruppe, die von einem Parteimitglied geleitet wird, das nebenher im Bergsteigerbund aktiv ist. Im Winter werden Schneewanderungen organisiert, im Sommer Fußballturniere. Zu Pfingsten veranstaltet die JN in der Oberlausitz ein Zeltlager mit Sport und Spiel und Schulungen und Schwein am Spieß. Und Mitglieder und Mitarbeiter der Dresdener NPD-Landtagsfraktion sind bei der Organisation von rechten Rockkonzerten behilflich. Auch werden Kameraden aus ganz Deutschland in die Sächsische Schweiz eingeladen. Leichsenrings Lebensgefährtin hat eine Ferienwohnung und schaltet dafür Werbeanzeigen in der *Deutschen Stimme*: »21,1 Prozent für die NPD – hier macht man Urlaub!«¹⁴²

Auch in Ehringshausen veranstaltet Alfred Zutt Grillfeste für die Jugend. In seinem »Patriotentreff« ging die rechtsextreme Szene ein und aus. Aber im ganzen Lahn-Dill-Kreis hat der JN-Verband nur ein Dutzend Mitglieder. Und wenn dort irgendwo Skinheads offensiv auftreten, wird das nicht als normal hingenommen. In einem Ortsteil von Dillenburg zum Beispiel, gut 30 Kilometer nördlich von Ehringshausen, fanden sich sehr bald Bürger zusammen, als sich eine rechte Jugendclique ständig auf dem Dorfplatz traf und es zu Schlägereien kam. Die Bürgerinitiative rief nicht nur nach dem Staat, sondern eröffnete selbst einen Jugendtreff, der bis heute von Mitgliedern des Vereins betreut wird. »Wir sind ein kleiner Kreis«, sagt Reiner Becker, einer der Gründer, in entschuldigendem Ton, nur ungefähr 35 Leute gehörten dazu. In

Reinhardtsdorf-Schöna, das fast genauso viele Einwohner hat wie Dillenburg-Oberscheld, sind vielleicht fünf oder sechs Bürger gegen die NPD aktiv.

Bei Reiner Becker führte das Engagement zu einer Doktorarbeit, er schreibt darüber, wie das Elternhaus rechter Jugendlicher aussieht. Dazu führte Becker Interviews mit rechten Jugendlichen im ganzen Lahn-Dill-Kreis, und er war verwundert, wie oft darin das Ehepaar Zutt erwähnt wurde. Fast alle rechten Jugendlichen kannten die beiden, viele gingen regelmäßig zu deren Grillabenden. Die NPD-Leute hätten da »den Versuch einer respektablen Jugendarbeit« unternommen, sagt Becker durchaus anerkennend. »Alfred Zutt vermittelte den Jugendlichen offenbar das Gefühl, wertgeschätzt zu sein und ernst genommen zu werden.«

**»Wir reden nicht darüber,
wir machen Jugendarbeit!«**

Als den Verantwortlichen im Lahn-Dill-Kreis das Problem mit der rechten Jugend vor ein paar Jahren bewusst wurde, ließen sie eine Studie über die Szene erarbeiten. Darin ist detailliert erfasst, in welchen Gemeinden solche Cliques aktiv, wie sie zusammengesetzt und wie sie vernetzt sind. In der Sächsischen Schweiz reagiert die Pressesprecherin des Landrates bass erstaunt, wenn man sie nach etwas Ähnlichem fragt. »Nein, eine Übersicht haben wir nicht«, sagt sie. Sie bezweifle auch, dass man so etwas überhaupt anfertigen dürfe. »Wir sind doch kein Überwachungsstaat!« Interessanterweise sorgt sie sich um das Ansehen der rechten Jugendlichen: Man müsse doch auch aufpassen, sagt sie, »niemanden zu verunglimpfen«.

In dem Jugendprojekt in Dillenburg-Oberscheld steht der Bürgerinitiative eine Teilzeitkraft zur Seite, die vom Landkreis bezahlt wird. In der Sächsischen Schweiz sind Anfang 2005 gerade erst drei weitere Stellen in der Jugendarbeit ge-

strichen worden. Die Kassen sind leer. »Der Landkreis ist zur Zeit nicht in der Lage, sich um seine Kinder und Jugendlichen zu kümmern«, räumte auf einer der letzten Kreistagssitzungen ein Mitglied des zuständigen Ausschusses ein. Da stand der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring auf und sagte im Namen seiner Partei: »Wir reden nicht darüber, wir machen Jugendarbeit!«¹⁴³

Die NPD in der Sächsischen Schweiz ist aufs Engste mit der Skinhead-Szene verbandelt. Leichsenring selbst pflegt seit Jahren gute Kontakte zu militanten Rechten, etwa zu Mitgliedern der mittlerweile verbotenen Neonazi-Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Auch nach dem Einzug in den Landtag hat er seine Freunde nicht vergessen. In einer Parlamentsanfrage erkundigte er sich nach der Rechtskraft des Verbotes.¹⁴⁴ Eine Hausdurchsuchung der Polizei bei ehemaligen SSS-Mitgliedern bezeichnete er in einer offiziellen Presseerklärung als »dreiste Unverschämtheit«.

Ein ehemals führendes Mitglied der SSS sitzt heute im NPD-Kreisvorstand. Ein anderer Ex-SSSler, Thomas Rackow, betreut dessen Internet-Seite. Weitere Details der Verbindung wurden im Februar 2005 bekannt, als Hacker die rechtsextrême Homepage www.heimatschutz.net knackten und den Inhalt des internen Diskussionsforums öffentlich machten. Nach der Polizeirazzia, bei der auch Computer beschlagnahmt wurden, schrieb dort ein Aktivist (anscheinend Rackow selbst): »Habe wieder nen Rechner, diesmal von nem MdL.«¹⁴⁵ Und weiter: »Alle Daten, Providerverträge, die ich habe, ruhen nun sicher bei jemandem, der Immunität hat.« Es liegt nahe, dass damit einer der Dresdener NPD-Abgeordneten gemeint ist. Welcher der zwölf, bleibt offen. Jedenfalls war es Uwe Leichsenring, der kurze Zeit später im Landtag eine Kleine Anfrage zur linken Hackergruppe »Katjusha« formulierte, die sich zu der Aktion bekannt hatte.¹⁴⁶

Zum Dank für so viel Fürsorge helfen ihm rechte Jugendliche in Königstein bei seinen Wahlkämpfen. Auch in

Reinhardtsdorf-Schöna, berichten Anwohner, haben Jungnazis NPD-Wahlplakate aufgehängt und sie sogar nachts bewacht. Einer der Söhne von Gemeinderat Michael Jacobi war Mitglied der SSS. Und auch die Tochter von Mario Viehrig ist im Dorf als Rechte bekannt, in die Heckscheibe ihres Autos hat sie »Terrornicki« geschrieben.

Pirna, die Kreisstadt der Sächsischen Schweiz. Hier wohnen knapp 40 000 Menschen, hier gibt es zumindest Ansätze eines aktiven Bürgertums, und der Oberbürgermeister macht klar Front gegen die NPD. Die Stadt unterstützt Jugendinitiativen gegen rechts. Einmal im Jahr demonstriert Pirna mit einem multikulturellen Straßenfest Toleranz und Welt-offenheit. Dann gibt es Paella und Pelmeni auf dem Markt, Musikgruppen aus Tschechien und Chile treten auf, ein Afrikaner flicht Zöpfe – die Ausländer, die sonst in der Stadt offen angefeindet werden, stehen zumindest einen Tag lang im Mittelpunkt.

Das Gesicht der NPD in Pirna sind Mirko Liebscher und Egon Weihs. Anders als Leichsenring in Königstein oder Jacobi in Reinhardtsdorf-Schöna sind die beiden in ihrem Heimatort nicht allseits bekannt. Weihs, 53, ist ein gemütlicher Steinmetz, Liebscher, 30, ein ruhiger Chemiarbeiter. Spricht man mit ihnen, wird schnell klar, dass sie keine Ideologen sind. Aber was sie auf den Schulungen der Partei gehört haben, haben sie verinnerlicht. Weihs jammert, »immer mehr ausländische Leute kaufen Deutschland auf«. Über das Dritte Reich mag er nur ungern reden, denn da werde man ja schnell zum Nazi gestempelt. Er sagt, die sechs Millionen ermordete Juden wolle er »nicht leugnen, aber wie viele Mörder, Kinderschänder und Verbrecher saßen denn in den KZs und kriegten bis heute ihre Renten?« Liebscher denkt gern zurück an die DDR, »da hatte man alles, und die sozialen Strukturen haben gestimmt«. Über die BRD sagt er, »das System ist nicht zu verbessern, es muss weg, wie eine Warze, wie ein fauler Zahn«.

Politische Erfahrung haben die beiden nicht. Weihs sagt, bei seiner ersten Ratssitzung habe er sich gefühlt »wie als Kind in der Geisterbahn«. Sie lassen sich von Kamerad Leichsenring beraten, im Stadtrat erscheinen sie öfter mit vorbereiteten Manuskripten. Fragt man die beiden nach ihren politischen Schwerpunkten, sagt Liebscher, »ich würd' nicht sagen, dass wir welche haben«. Sie warteten einfach ab, was auf die Tagesordnung komme, und entschieden dann nach bestem Wissen. Weihs sagt noch, er finde Volkseigentum gut und lehne »jede Form der Privatisierung ab«. Im Stadtrat haben sie in dem Dreivierteljahr seit ihrer Wahl nur ein paar Anfragen gestellt. In ihrem ersten und bislang einzigen Antrag forderten sie, die städtischen Zuschüsse für das Alternative Jugendzentrum in Pirna zu streichen. Begründung: Von dort gehe Gewalt gegen »nationale Jugendliche« aus. Der Antrag wurde mit 24 Nein-Stimmen bei zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Weihs und Liebscher sitzen im Stadtrat in der ersten Reihe – der Oberbürgermeister Markus Ulbig wollte es so, damit er und die anderen Parteien die beiden immer im Blick haben. Ulbig, 41, ist in der CDU, und anders als seine Partei warnt er seit Jahren vor der NPD. »Meine Kollegen sagten lange, ich sei ein Nestbeschmutzer.« Aus Angst um die Touristenzahlen, so Ulbig, behaupteten viele, das mit den Rechten »sei nicht so schlimm«. Er weiß es besser, nicht nur weil sein Sohn 16 Jahre alt ist und die Haare als Dreadlocks trägt und so seine Erfahrungen gemacht hat mit rechten Schlägern.

Auch Ulbig sagt, es sei ziemlich schwer, die Ideologie der NPD auf kommunaler Ebene zu entlarven. Lange habe er gegrübelt, wie er die beiden Rechtsextremisten bloßstellen könne. Auf der konstituierenden Sitzung hat er alle Stadträte einen Eid aufs Grundgesetz ablegen lassen. Weihs und Liebscher verweigerten sich nicht. Ulbig sagt, er wolle auf jeden Fall »vermeiden, dass sie über ein paar Anfragen zu sozialen Themen den Bürgern das Bild vermitteln, sie seien tolle

Kerle«. Deshalb will er künftig nicht nur kommunalpolitische Sachfragen auf die Tagesordnung setzen, sondern auch Themen, an denen sich grundsätzliche Debatten entzünden können. Das soll die NPD aus der Deckung locken und »Falschaussagen provozieren«.

Auf der Sitzung Ende April 2005, der letzten vor dem Jahrestag des Kriegsendes, berichtete eine Delegation von Stadträten eine halbe Stunde lang von einem Besuch im bayerischen KZ Flossenbürg. Die beiden NPD-Leute ließen das still über sich ergehen. Weihs guckte an die Decke, Liebscher blätterte in seinen Akten. Am Ende des Vortrags klopfen alle Abgeordneten auf die Tische, auch Weihs, nur Liebscher blieb mit verschränkten Armen sitzen. Hinterher meldete er sich, er wolle etwas sagen. Laut Geschäftsordnung, wies ihn der Oberbürgermeister zurecht, seien an dieser Stelle ausschließlich Fragen erlaubt. Da setzte sich Liebscher brav wieder hin. Auf die Idee, seinen Kommentar einfach in Frageform zu packen, kam er nicht.

In Reinhardtsdorf-Schöna dagegen fühlt sich die rechte Jugend wohl, am 11.6. »Führergeburtstag« ließ sich das wieder einmal besichtigen. Obwohl den ganzen Tag lang die Bereitschaftspolizei im Dorf auf und ab gefahren ist, lodert am Abend des 20. April ein zünftiges Lagerfeuer. Knapp zwanzig Jungs und Mädchen sitzen vor einem alten Bauwagen, ein paar hundert Meter außerhalb des Ortes. Es gibt Bier und laute Musik. An eine Birke haben sie Holzlatten genagelt, offenbar ein Hakenkreuz, das zur Feier des Abends entzündet werden soll. Sie werden dabei gestört, aber nicht von der Polizei, sondern dem Mitarbeiter eines Anti-rechts-Projektes aus dem nahen Pirna. Der fährt zurück ins Dorf, alarmiert den Bürgermeister und einige Gemeinderäte. Es dauert eine halbe Stunde, bis er sie davon überzeugt hat, zum Bauwagen zu fahren und die Jugendlichen zur Rede zu stellen.

Als sie schließlich dort ankommen, liegen die Latten harmlos im Gras. Der Bürgermeister geht ein paar Schritte auf

und ab, räuspert sich, fragt, was es denn zu feiern gebe. »Bergfest«, sagt ein Junge und grinst, es sei doch Mittwoch, die Hälfte der Arbeitswoche überstanden. Die Runde lacht. Der Bürgermeister sagt, die Jugend möge doch bitte dran denken, welch schlechten Ruf das Dorf habe. Ihm ist anzumerken, wie unsicher er sich fühlt. Er verkörpert in diesem Moment die Staatsmacht. Die herbeigerufene Polizei trifft erst nach anderthalb Stunden ein.

Ein bisschen neidisch schaut das Ehepaar Zutt nach Ostdeutschland. Die beiden sind oft dort, seit Jahren besitzen sie ein Ferienhaus in Mecklenburg. »Da seh' ich keine Türken«, sagt Alfred Zutt. Der Sohn der Zutts hat in Waren an der Müritz ebenfalls einen »Patriotentreff« eröffnet, und die Geschäfte dort laufen besser als einst in Ehringshausen. Doris Zutt sagt, in den neuen Ländern sei die Bevölkerung »freier«, im Westen habe die alliierte *re-education* die Leute »eingeschüchtert«, deshalb herrsche »Pogromstimmung« gegen die NPD. Alfred Zutt sagt, sie würden gern nach Waren übersiedeln, denn dort könne man als NPD-Politiker »viel leichter Erfolg haben«.